Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Dienstag, 5. Juli 1921 · Nummer 308 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rathenau über den Wiederaufbau

Die Krise als Dauererscheinung

Auf einem Gesellschaftsabend des Hamburger Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft hielt der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau eine Rede über **das Problem des Wiederaufbaus.** Er führte aus, daß dieses Problem nicht gelöst werden könne durch die Mittel der Politik, auch nicht von einzelnen oder von Regierungen, sondern **nur von den Völkern selbst und der Macht der Erkenntnis.** Man müsse die enge Verbundenheit der europäischen Nationen und die **Schicksalseinheit des ganzen Kontinents** erkennen. Mit Ausnahme der großen Reiche jenseits des Ozeans befänden sich alle Länder in materieller Verschuldung. Generalgläubiger der Welt sei Amerika, Generalschuldner Deutschland, und zwischen ihnen eingeschaltet seien sämtliche Nationen gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger, jeder dem anderen verbunden und verpflichtet. Weiterhin aber seien die Länder verflochten durch die **Entwertung ihrer Geldmittel.** Es sei nicht möglich, daß der eine Staat sich erhole, wenn der andere leide. „Sodann sind die Staaten untereinander verknüpft durch den **Begriff des Wiederaufbaus, dessen alle bedürfen.** Zerstört sind alle in ihrem wirtschaftlichen Leben, von der äußersten Zerstörung der sichtbaren Güter, von der Zerstörung der Städte und Landschaften ausgehend, bis zu der Zerstörung des Unsichtbaren, des Kredits, der Beziehungen, der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Diese Vernichtung schweißt die Nationen zusammen zu einer **Interessen- und Notgemeinschaft,** mögen sie es wissen oder nicht. Denn **der Wiederaufbau des einen Landes kann nicht geschehen, wenn der Wiederaufbau der übrigen nicht gelingt.** Die Territorien in Europa seien klein. Sie müßten sich ihres Zusammenhanges bewußt sein und dürften nicht unter der Gegensätzlichkeit leiden. . . . .

„Vor allem aber sind die Länder und Völker dieses Kontinents **verbunden durch den bleiernen Himmel einer Krisis,** die vom Aufgang bis zum Untergang über ihnen hängt. Viele sind geneigt, die Krisis anzusehen als eine vorübergehende zeitliche Erscheinung, die geheilt werden könnte durch die einfachen Mittel, mit denen man früher wirtschaftlichen Erschütterungen begegnete. Im Irrtum sind, die das glauben. **Diese Krisis ist eine organische Krankheit eines tief leidenden gesamtwirtschaftlichen Körpers.** Es ist nicht zu verhehlen, daß von den Bewohnern dieses Planeten **300 Millionen als Konsumenten ausgeschaltet** sind. Es ist nicht zu verhehlen, daß durch die Geschehnisse dieses Krieges, durch seine Folgen eine **Umschichtung unter den Bevölkerungen** stattgefunden hat, die leider allzuschwer den Ständen der Intelligenz mitgespielt hat, die dadurch aus dem Konsumkreis ausgeschieden sind. Eine Umstellung des Produktionsprogramms der Welt wird hierdurch erfordert, eine Umstellung, die nicht in wenigen Jahren vollzogen werden kann."

Rathenau führte weiter aus, daß gegenwärtig **die Politik immer noch die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln** scheine. Deutschland habe tiefe Sehnsucht nach dauerndem Frieden, dennoch könnten wir begreifen, daß außerhalb Deutschlands der Gedanke einer Sicherheit für uns stärker sei, als der Gedanke wirtschaftlicher Notwendigkeiten. **Die wahre Sicherheit der Nationen beruhe aber auf dem Gefühl der Verflochtenheit sämtlicher Glieder der Welt zu einem Ganzen.** Selbst wenn von Deutschland ein Goldstrom ausgehen könne, würde er nicht der Welt zugute kommen. Wir könnten nur zahlen mit der Arbeit unserer Hände und des Geistes und wir würden es freilich tun. „Arbeit ist nicht ein Körper, **Arbeit kann nur gebunden sein an Substanzen.** Wer also in Arbeit zahlt, der kann nur in Substanzen zahlen, die mit Arbeit behaftet sind. Substanz aber wird mit Arbeit nicht stärker behaftet, als etwa im Betrage von 40 Prozent, wenn wir das Fertigprodukt ins Auge fassen. Wollen wir vier Milliarden in Arbeitswerten zahlen, so haben wir die zu verbinden mit sechs Milliarden Stoffen, und so **erreicht die Ausfuhr, die erforderlich ist, um vier Milliarden Arbeit zu exportieren, den Betrag von zehn Milliarden.** Ein solcher Betrag ist nahezu so groß, wie unsere ganze Friedensausfuhr gewesen ist, und ein solcher Betrag kann nicht auf die Märkte geleitet werden, ohne daß dadurch schwere Wirkungen ausgelöst werden bei allen Nationen der Erde. Diesen Verhältnissen haben wir ins Auge zu sehen, aber ins Auge gesehen muß ihnen auch werden von seiten unserer Gegenkontrahenten."

Man habe, so sagte Rathenau weiter, den **Index erfunden.** Er solle ein Besserungsschein sein und den Dumpingeinfluß auf dem Weltmarkt eindämmen. Aber es könne die Wirkung entstehen, daß die wechselnden Regierungen Deutschlands sich von wechselnden Auffassungen über den Index leiten ließen, und es könne nicht im Interesse der Weltwirtschaft sein, daß bei einem Land von der Bedeutung Deutschlands total verschiedene Prinzipien nacheinander verteten werden. Das werde in Frankreich bereits erkannt, und so **seien die Verhandlungen in Wiesbaden entstanden.** Sie schreiten fort, „zwar langsam, entsprechend den großen Schwierigkeiten der zu behandelnden Gegenstände, aber mit Stetigkeit, und daß sie die Ueberzeugung in uns erwecken dürfen, **daß von der Gegenseite der Wunsch gehegt wird, mit uns ein Leistungsprogramm zu vereinbaren, an Stelle eines Zahlungsprogramms.** Diese Erkenntnis aber wird sich über die Welt verbreiten, daß Leistungsprogramme gesetzt werden müssen an Stelle von Gold- und Geldprogrammen."

Rathenau sprach schließlich die Erwartung aus, daß **Amerika,** mit dem uns hoffentlich seit gestern ein ewiger Friede verbinde, seinen Ein[illegible] **auf die Zustände in Europa** ebenso wirksam ausüben werde, wie es das im Kriege getan habe. Was uns obliege, könne nur geleistet werden, wenn **das ganze Volk als eine Schicksalsgemeinschaft zusammenstehe.** Wenn Deutschland sich dieser Last gewachsen gezeigt habe, dann werde es das Haupt unter den Völkern erheben können, denn es habe **den Wiederaufbau der Welt** geschaffen.

•

Rathenau hat darin recht, daß der Wiederaufbau der Welt nur geleistet werden könne, wenn alle Völker zusammenstehen. Aber diese internationale Solidarität aller Völker kann niemals hergestellt werden im Zeitalter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sie wird erst dann erstehen, wenn der Sozialismus die Befreiung des Proletariats von der Lohnknechtschaft bringt, wenn die Wirtschaft nicht mehr arbeitet für den Profit der Kapitalsbesitzer, sondern aufgebaut ist auf den Bedarf der Menschheit.

Wenn in den Ländern der Entente jetzt die Einsicht stärker wird, daß gemeinschaftliche Arbeit notwendig ist, um die Verwüstungen des Krieges zu heilen, so entspringt sie nicht idealer Erkenntnis, sondern lediglich den Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft. Es ist möglich, daß die Krise, in der die Welt sich befindet, auf einige Zeit weniger fühlbar wird; aber sie kann nicht geheilt werden, wie Rathenau glaubt, durch die Verbindung der kapitalistischen Staatssysteme miteinander, sondern nur durch die Ueberwindung des Kapitalismus, durch die Umwälzung der heutigen Wirtschafts- und Staatsverfassung zur sozialistischen Ordnung.

Sie wollen nicht zahlen

Die Gebildeten und Besitzenden der deutschen Nation rühmen sich des Besitzes einer ihren Kreisen eigentümlichen Eigenschaft, die sie „nationale Würde" nennen. Sie benutzen jede Gelegenheit, um sie durch öffentliche Kundgebungen im Jahrmarktston und durch antisemitische Exzesse zu zeigen. Der nationalen Würdigkeit entspricht es auch, daß die Kreise von Adel und Besitz alles, was an Aemtern und Posten, Liebesgaben und Erleichterungen verschiedenster Art von Staats wegen zu vergeben ist, als ihr Eigentum betrachten, als Abfindung und Entschädigung für die Taten ihrer Ahnen, für die Tradition ihrer Geschlechter, denen nach der üblichen Geschichtsklitterung Ruhm und Größe des deutschen Vaterlandes der Besitzenden zu danken sind.

Ruhm und Größe sind dahingeschwunden. Eine Katastrophe hat sie vernichtet, die hervorgerufen worden ist durch den irrsinnigen Machtwahn und die völlige Unfähigkeit dieser Kreise, die allein am Steuerruder des Staates gesessen haben. Alle Welt weiß das. Der Zusammenbruch hat ungeheure Lasten auf die Schultern des Volkes gewälzt, hat das namenlose Elend aller Völker Europas hervorgerufen. Und die Völker Europas stellen ihre Forderungen an Deutschland und erheben Anspruch auf Wiedergutmachung.

Der Würde der deutschen Nation würde es jetzt entsprechen, wenn die an allem Unheil Schuldigen, die Träger der Politik von 1914, ihre letzte Kraft aufbieten würden, um die Schäden zu reparieren, die ihr Irrsinn angerichtet hat. Das geschieht nicht. Im Gegenteil! Ein unlösbarer Bestandteil dessen, was die Kreise von Besitz und Adel nationale Würde nennen, ist eine schamlose Steuerdrückebergerei, ist der Versuch, alle Lasten aus dem Friedensvertrag von sich ab und auf die Schultern der arbeitenden und darbenden Schichten zu wälzen.

Zu dem Zwecke muß bewiesen werden, daß es die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind, die heute das „Nationalvermögen" in Gestalt von riesenhaften Löhnen und Gehältern besitzen, während die übrigen Schichten darben und Opfer über Opfer bereits gebracht haben und beständig bringen. Es muß bewiesen werden, daß es weder Kriegs- noch Revolutionsgewinner gibt. Doch, wenn es schon welche geben sollte, so sind es nach den Darstellungen der politischen Beauftragten der Ausbeuter des deutschen Volkes die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Solch einen „Beweis" bringt die „Kreuz-Zeitung" in einem Artikel, der zu erklären versucht, daß die Arbeiterschaft allein die Aufgabe hat, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen. Das Blatt macht dazu eine Rechnung mit vielen willkürlich zusammengesuchten Zahlen auf. Wollten wir die bewußten Verdrehungen nachweisen, die diese Darstellung enthält, so müßten wir auf lange Auseinandersetzungen eingehen, was einer Ueberschätzung der Bedeutung eines Artikels der „Kreuz-Zeitung" gleichkommen würde, deren wir uns nicht schuldig machen wollen. Kurz, die „Kreuz-Zeitung" kommt zu dem Ergebnis, daß sich das Einkommen des deutschen Volkes gegenüber der Zeit vor dem Kriege stark vermindert habe und daß es daher nötig sei, den Arbeitsertrag zu vermehren und von dem Ertrage weniger zu verbrauchen.

Der Arbeitsertrag ist, meint die „Kreuz-Zeitung", nur zu vermehren durch eine Verlängerung der Arbeitszeit. Womit das Blatt, wovon wir dankbar nebenbei Notiz nehmen wollen, das Zugeständnis macht, daß das gesamte Einkommen der Nation auf dem Ertrage der Arbeit der Arbeiterklasse beruht, daß es eine andere Quelle der Vermehrung des Volkseinkommens nicht gibt, daß sich also alle übrigen Volksschichten, vornehmlich die durch die „Kreuz-Zeitung" vertretenen, lediglich als Drohnen betätigen.

Wenn man den Darstellungen der „Kreuz-Zeitung" Glauben schenken wollte, so müßte man zu der Auffassung gelangen, daß diese Drohnen durch die Entwicklung nach dem Kriege dem Hungertode nahegebracht worden sind. Das Kapitaleinkommen, schreibt das Blatt der Junker, habe weder mit der Steigerung der Lebensunterhaltungskosten noch mit dem Sinken der Valuta gleichen Schritt gehalten. Die „Kreuz-Zeitung" beweist das, indem sie die Dividenden der großen industriellen und Bankunternehmungen, die vor dem Kriege ausgeschüttet wurden, mit denen vergleicht, die gegenwärtig gezahlt werden. Sie kommt durch diesen Vergleich zu einem kläglichen Ergebnis für die Dividendenbezieher. Sie vergißt oder verschweigt die zahlreichen Austeilungen von Gratisaktien, durch die sich die Summe des Einkommens der Aktienbesitzer erheblich vermehrt hat. Sie sagt nicht, daß in zahlreichen industriellen Unternehmungen sich das Grundkapital dank der Riesengewinne in kurzer Frist verdoppelt und vervielfacht hat. Sie scheint nicht zu wissen, daß anständige Menschen unter den Nutznießern dieser Entwicklung sich bereits zu schämen beginnen und offen erklären, daß sie überhaupt nicht sagen können, woher die ungewöhnlich großen Summen kommen, die ihnen zufließen, daß sie noch weniger wissen, was sie mit ihnen beginnen sollen. **Aber es gibt ja keine Wuchergewinner!**

Schwerer Konflikt in Beuthen

Oppeln, 4. Juli.

(W. T. B. verspätet eingetroffen.) Am heutigen Tagen gegen Mittag rückten die Engländer in Beuthen ein. Beim Durchzug durch die Friedrichstraße wurden die englischen Truppen von der Einwohnerschaft lebhaft begrüßt. Dieses gab Anlaß, daß die Franzosen aus der neuen Kaserne ausrückten. Im Verlaufe dieser Aktion kam es zu Zusammenstößen zwischen französischem Militär und der Bevölkerung. Zahlreiche Zivilisten und auch mehrere Franzosen sind verletzt worden. Die Wilhelm-, Gustav-Freitag-, Donnersmark- und Friedrichstraße sind von englischen Posten besetzt. Die Franzosen nahmen nach dem Vorfall **zwanzig Bürger von Beuthen als Geiseln in Haft.** Unter diesen befinden sich der 1. und 2. Bürgermeister von Beuthen, der Stadtrat Krüger und der Führer der demokratischen Partei Oberschlesiens, Sanitätsrat Dr. Bloch. Für den Telegraphendirektor von Beuthen wurde der Telegraphensekretär Eichel in Haft genommen.

Rückzug der amerikanischen Rheinarmee

CC. Washington, 5. Juli.

Sollte Präsident Harding, wenn heute die Proklamation des Friedenszustandes mit Deutschland erfolgt, die amerikanischen Truppen am Rheine nicht zurückberufen, so werden die Senatoren Johnson und Bora eine Entschließung einbringen, in der sie **die Rückkehr der amerikanischen Rheinarmee fordern. Was den Friedensvertrag anbetrifft, so befindet sich Harding zwischen zwei Feuern: Die Anhänger Hughes wünschen eine Ratifizierung mit Vorbehalten, die Partei der Unversöhnlichen wendet sich unbedingt gegen eine Ratifizierung.**

Landeskonferenz der SPD. Sachsens

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig, 5. Juli.

Am Montag wurde die Tagung beendet. Es wurde hauptsächlich über die **Gemeindeverfassungsreform** beraten. Der Referent Kühn wandte sich gegen die Abschaffung des Zweikammersystems. Indes fand sein Opponent Edmund Fischer, der sich für das Einkammersystem und gegen jede obrigkeitliche Bevormundung der Gemeinden und Bezirksverbände wandte, den starken Beifall der Delegierten. Es zeigte sich hier wie auch bei allen anderen Tagesordnungspunkten, daß die nach rechts drängenden Führer auf der Landeskonferenz keine wesentliche Unterstützung fanden, sondern daß die nach **links gerichtete Richtung,** die das Zusammengehen mit den Bürgerlichen verwirft und **auf die Einigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie hinsteuert,** die große Mehrheit der Vertreter für sich hat. Deshalb muß das Ergebnis dieser rechtssozialistischen Landeskonferenz als verhältnismäßig befriedigend bezeichnet werden. Jedenfalls darf man annehmen, daß die rechtssozialistische Partei auch künftig die rein sozialistische Regierung in Sachsen unterstützen wird.

Dagegen schwindelt die „Kreuz-Zeitung", daß der Reallohn der Arbeiter größer sei als vor dem Kriege, und daß der Arbeiter für dieses höhere Einkommen weniger arbeite als früher. Sie nennt zum Beweise einige Zahlen über das Einkommen der Bergarbeiter, das bekanntlich im Jahre 1914 unerträglich niedrig war und sich im Vergleich zu diesen Hundelöhnen allerdings auf ein einigermaßen erträgliches Maß gesteigert hat, aber immer noch hinter dem Existenzminimum zurückbleibt. Dabei ist ein nicht unerheblicher Teil dieser Steigerung noch auf die Ueberschichten zurückzuführen. Bei anderen Arbeiterschichten, in den Industriezweigen, die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weit mehr heimgesucht sind, als die Bergarbeiter, ist der Zustand natürlich noch schlimmer. Dazu bedarf es gar keiner statistischen Beweise, die wir im übrigen mehrfach erbracht haben, sondern der Augenschein lehrt, daß die Arbeiterschaft nicht imstande ist, ihre abgetragenen Kleidungsstücke zu erneuern, während die besitzenden Schichten im Luxus ersticken.

Das Ergebnis der „Kreuz-Zeitung" ist also: Die Arbeitslöhne müssen höher besteuert und gleichzeitig gekürzt werden. Welch ein Unsinn, wie wir nebenbei bemerken möchten, denn die sichere Folge der Kürzung der Arbeiterlöhne wäre doch eine Verminderung der Steuereinnahmen. Und außerdem müsse die Arbeitszeit verlängert werden. Das Blatt der Junker ist unverschämt genug, die Forderung nach dem Lohnabbau auszusprechen in einem Augenblick, wo eine bedeutende Verteuerung des Brotes bevorsteht und wo infolge neuen Sinkens der Valuta die Großhandelspreise bereits steigen, so daß eine Steigerung auch der Kleinhandelspreise für alle Produkte bevorsteht.

Aber einen anderen Ausweg sieht die „Kreuz-Zeitung" also nicht, denn jeder andere Weg würde nur auf Kosten ihrer Schützlinge, der Millionengewinner mit der nationalen Würde, beschritten werden können. Sie bestätigt damit immer wieder von neuem, daß nach ihrer Ansicht die produktive Arbeit die einzige Einkommensquelle der Gesamtheit ist, und daß diese produktive Arbeit nur von der Arbeiterklasse geleistet wird. Wir wollen der „Kreuz-Zeitung" gern das Versprechen geben, daß wir uns dieses Zugeständnis, das für uns ja nichts neues bedeutet, aus diesem Munde aber Beachtung verdient, merken werden. In dieser Bedeutung der Arbeiterklasse liegt ihre Macht, und sie wird, dessen kann die „Kreuz-Zeitung" versichert sein, das Gegenteil von dem erstreben, was die „Kreuz-Zeitung" will: Vermehrung der Löhne und Gehälter, Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Besitzer der hohen Werte, und eine Steigerung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse.

Nur unter diesen Voraussetzungen wird die Arbeiterklasse bereit sein, an der Erfüllung des Friedensvertrages mitzuhelfen. Die Schuldlosen lehnen es ab, die Lasten für die Schuldigen zu tragen.

Der Spielteufel

Der Hauptausschuß des Landtages begann am Montag die Beratung des Etats der Lotterieverwaltung. Der Finanzminister betonte, daß bei der Einstellung der Lotterie-Einnehmer, einem Beschlusse der Landesversammlung folgend, Kriegsbeschädigte bereits bevorzugt seien. In Widerspruch zu den Ausführungen des Finanzministeriums klagt der Abg. Kleft (Z.) über Härten bei Einstellung von Kriegsbeschädigten als Lotterie-Einnehmer. Abg. Weißermel (D. Natl.) bemerkt auf einen inzwischen eingegangenen Antrag der Kommunisten, der die Abschaffung der Lotterieverwaltung überhaupt verlangt, daß an eine Abschaffung der Preußischen Staatslotterie nicht zu denken sei. Der Staat braucht die 35 Millionen, die an Ueberschuß erzielt worden seien. **60 Millionen habe das Reich an Ueberschuß aus den Lotterien im ganzen erzielt.** Wenn am Totalisator Millionen jährlich ins Ausland fließen, dann sei es immer noch besser, dieses Geld für den Staat dienstbar zu machen.

Genosse Meier wies gegenüber den Ausführungen des deutschnationalen Redners darauf hin, daß es zum mindesten eigentümlich anmutet, sich ausgerechnet auf die 35 Millionen, die durch die Lotterieverwaltung als Ueberschuß erzielt worden sind, zu berufen, **wenn man auf der anderen Seite sieht, wie über 100 Millionen im Etat des Ministeriums des Innern nur allein für die Pferde der Schupo in Preußen verausgabt werden.** Es sei richtig, daß am Toto Milliardenumsätze erzielt werden, aber ebenso richtig sei es auch, daß durch den Spielteufel jährlich Tausende von Existenzen vernichtet werden. Es sei deshalb Aufgabe der Gesetzgebung, hier einzugreifen, um der Spielleidenschaft einen Damm entgegenzusetzen, statt diese noch behördlich zu schützen oder, wie es jetzt geschieht, noch zu fördern.

Abg. Wentig (Soz.) betonte, daß er grundsätzlich die Anschauungen der U. S. P. und der Kommunisten teile, und daß es an und für sich nicht richtig sei, aus der Spielleidenschaft des Volkes für den Staat Nutzen zu ziehen, daß aber im gegenwärtigen Stadium der Zerrüttung unserer finanziellen Verhältnisse kein anderer Weg bleibe, als alle Hilfsquellen zu erschöpfen. — Der Etat wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der U. S. P. und des Kommunisten angenommen.

Deutschland vor einer schweren Katastrophe

Massenflucht der Offiziere aus der Reichswehr

Wie eine Berliner Lokalkorrespondenz meldet, soll eine große Anzahl von Offizieren ihre Entlassung aus der Reichswehr erbeten haben. Der Grund wird in der Forderung der Interalliierten Kommission, das Offizierkorps der Reichswehr auf 4000 Mann zu verringern, erblickt. Die Beunruhigung, die deshalb in die Kreise der Offiziere getragen worden sei, soll zu einer wahren Flucht aus dem Offizierskorps geführt haben. Verschärfend wirke das Offizierspensionsgesetz, in dem die Offiziere eine schwere Verletzung der von ihnen wohlerworbenen Rechte erblicken. Weiter soll die Beunruhigung und das Bedürfnis nach Flucht gesteigert worden sein durch den gegenwärtig in Leipzig tagenden Kriegsverbrecherprozeß, obwohl dem General Stenger und dem Major Crusius bisher noch nichts geschehen ist.

Ob diese Meldung der sonst gut unterrichteten Korrespondenz in allen Teilen den Tatsachen entspricht, können wir nicht feststellen. Sollte aber tatsächlich eine Massenflucht der Offiziere aus der Reichswehr stattfinden, so würde dadurch für Deutschland nichts verloren sein, um so mehr, als die zur Flucht entschlossenen Offiziere sich nach einen neuen Beruf umsehen wollen. Die Reichswehr kostet uns im laufenden Etatsjahr etwa 3½ Milliarden Mark. Krieg nach außen hin soll, kann und wird dieses Heer nicht führen. Innerpolitisch bedeutet es infolge seines monarchistischen Charakters eine dauernde Bedrohung der Republik. Da zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, auch vom reinen bürgerlichen Standpunkt aus, die Sicherheitspolizei vollständig genügt, ist die Reichswehr — man kann sie betrachten, von welcher Seite man auch will — eine überflüssige Einrichtung geworden. Deutschland wird sich auf die Dauer den Luxus der ungeheuren Ausgaben für ein Heer, dem keinerlei Aufgaben gestellt sind, nicht leisten können. Da die Volksvertretung bisher zu dieser Erkenntnis leider noch nicht gekommen ist, finden wir es begrüßenswert, wenn die Offiziere selbst zu dem Entschluß gekommen sind, einen anderen Beruf zu wählen. Wir wünschen nur, daß es bei diesem Entschluß bleibt. Eine Katastrophe, die die rechtsstehende Presse an die Wand malen wird, kann aus dieser „Massenflucht der Offiziere" niemals erwachsen. Im Gegenteil, eine Katastrophe kann viel eher ein auf die Dauer arbeitsloses Heer bringen. Beweis: Der Kapp-Putsch!

„Oder-Schutz"

In Oberschlesien nimmt das Baltikumabenteuer, zu dem die reaktionären Staatsstreichler auch die Selbstschutzbewegung in Oberschlesien ausgebaut haben, lustig seinen Fortgang, selbstverständlich unter stillschweigender oder ausgesprochener Billigung der preußischen Regierungsbehörden. In Mittel-Schlesien ist entsprechend dem Oberschlesischen Selbstschutz eine freiwillige Formation „Oder-Schutz" gebildet worden, der auch das Korps Roßbach angehört. Auch Aulock ist vertreten. Das alles geschieht im Angesicht der Verordnungen der Reichsregierung, die sofortige Auflösung der Selbstschutz-Formationen in Ausführung des Ultimatums forderte. Was schiert die Herren Deutschnationalen das außenpolitische Interesse des deutschen Volkes. Die Hauptsache ist, daß ihre marodierenden Banden bei guter Laune erhalten werden, um gelegentlich für den Staatsstreich verwendet werden zu können. So veranstaltet man im Beisein der Spitzen der Behörden Paraden in voller Waffenrüstung, und die Behörden selbst haben sich schon eine Ausrede zurechtgelegt, indem sie sich auf den Standpunkt stellen, daß der Oberschlesische Selbstschutz nicht unter die Verordnungen der Regierung fällt. So wird man also diese neue Selbstschutzorganisation von Oberschlesien nach Mittelschlesien hineinziehen, und es wird von neuem Entente-Noten und Repressalien geben, weil die Reichsregierung der widersetzlichen reaktionären Elemente nicht Herr werden kann.

Die „prinzipielle" Liebeserklärung für die Frau

Im Rechtsausschuß des Reichstags fand am 4. Juli die Fortsetzung der Debatte vom 1. Juli über die Zulassung der Frau zum juristischen Vorbereitungsdienst und zum Richteramt statt. Die verschiedenen Parteivertreter sagten im Prinzip dasselbe wie das vorige Mal, bloß kam ihre Abneigung gegen die Zulassung der Frau zum Richteramt, nun die Abstimmung näher rückte, noch schärfer zum Ausdruck. Besonders zeichnete sich der Demokrat Brodauf aus, der erst einige seiner formalen Einwände vom vorigen Mal als hinfällig zurücknehmen mußte, dafür aber neue ähnliche erhob und Stimmung dafür machte, aus rein formalen Gründen gegen das Gesetz zu stimmen, was ihm auch schließlich gelang. Zwar war eine große Anzahl von Fachjuristen anwesend, nicht zuletzt die Vertreter des Reichsjustizministeriums, die sich hinter die Ausrede zurückzogen, die Regierung habe noch nicht Stellung genommen. Sie mußten sich von Professor Radbruch (Soz.) und Genossen Rosenfeld sagen lassen, daß ihr Verhalten den Eindruck passiver Resistenz erwecke und anstatt als Fachleute etwaige Mängel des Gesetzentwurfs zu beseitigen, sie derartige Mängel des Gesetzentwurfs gerade hervorsuchten, um die Annahme zu verhindern. Herr Professor Kahl (Deutsche Volkspartei) mußte zugeben, daß unser Antrag durchaus im Rahmen der Verfassung liege; aber für seine Partei wie für das Zentrum und alle anderen Rückwärtser ist jedesmal der Zeitpunkt, in dem die Gleichberechtigung der Frau zur Tatsache werden soll, „verfrüht". Herr Brodauf bemühte sich redlich, die Abstimmung zu verschieben, wurde aber überstimmt, und nach einem sehr merkwürdigen Abstimmungsmodus unter seinem Vorsitz wurde der Gesetzentwurf über Gleichstellung der Frau in der Justiz mit 12 gegen 12 Stimmen im Ausschuß abgelehnt. Herrn Brodaufs Stimme gab die Entscheidung, der im Gegensatz zu seiner Parteifreundin Lüders gegen den Entwurf stimmte. Nunmehr steht die Entscheidung beim Plenum.

Bolschewistische Geiselerschießung?

Uns wird geschrieben:

Auf Veranlassung der Moskauer Regierung wurden nach der Besetzung Georgiens durch die bolschewistischen Truppen unter anderen die Familienangehörigen des Berliner georgischen Gesandten, Dr. Achmeteli, als Geiseln in Haft genommen und nach Rußland verschickt. Die Moskauer Regierung bezweckte damit, den Rücktritt des Gesandten zu erpressen. Nach einem soeben beim Auswärtigen Amte eingelaufenen Telegramm aus Tiflis ist unterdessen ein Bruder des Gesandten, General Stephane Achmeteli, in Riasan laut amtlich-bolschewistischer Angabe „gestorben". Es ist möglich, daß der Tod des Generals eine im heutigen Sowjet-Rußland „natürliche" Folge der bolschewistischen Gefängnisgreuel und des Etappentransportes war. Aber auch ein Mord ist hier nicht unwahrscheinlich, denn General Achmeteli war ein unbeugsamer Demokrat, ein stolzer Kämpfer für die Freiheit seines Volkes, einer der mutigsten Gegner des bolschewistischen Terrorsystems und einer der geachtesten und beliebtesten georgischen Heerführer. Es lag im Interesse der Bolschewisten, diesen Mann zu beseitigen.

Es muß verlangt werden, daß sofort Klarheit in diese Angelegenheit gebracht wird.

Neue faszistische Gewaltakte. Die „Times" melden, daß die italienische Stadt Grosseto von 1000 Faszisten besetzt worden ist. Das Volkshaus und andere sozialistische Gebäude wurden verwüstet. Bei dem Kampf gab es 3 Tote und 40 Verwundete.

Baku in Flammen? Wie aus Moskau gemeldet wird, steht Baku in Flammen. Ein Teil der Stadt und verschiedene Oelquellen sind vernichtet.

Munitionsexplosion in Smyrna. Der „Tribuna" wird aus Smyrna gemeldet, daß ein großes Munitionsdepot explodiert ist. Die Explosion hat zahlreiche Opfer gefordert. Es soll sich um die Munitionsreserven der griechischen Armee handeln.

Berliner Ehescheidungen

Von **Ella Seger**

Unter diesem Titel veröffentliche die „B. Z. am Mittag" vor einigen Tagen eine Reihe von Artikeln, in denen an sich recht interessantes Material über die häufigen Ehescheidungen der letzten Jahre in Berlin stark ideologisch behandelt wurde. Aus diesen Artikeln, die auf Grund einer Rundfrage bei Berliner Anwälten veröffentlicht werden, gehen zunächst folgende wichtige Tatsachen hervor: Erstens ist seit einer ganzen Reihe von Jahren nicht nur in Berlin und Deutschland, sondern in der ganzen zivilisierten Welt die Zahl der Ehescheidungen ständig im Wachsen begriffen. (In den neueren Auflagen von Bebels Buch: „Die Frau und der Sozialismus" findet sich hierüber eine sehr lehrreiche Zusammenstellung von Statistiken der einzelnen Länder.) Zweitens werden der Ehescheidung von einer „bureaukratischen Scheidungsjustiz" die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, die durch wirtschaftliche Faktoren noch bedeutend erhöht werden, und drittens machen sich auch in bürgerlichen Kreisen starke Reformbestrebungen gegen die staatliche Zwangsehe geltend. Damit derartige Bestrebungen Erfolg haben, muß man sich natürlich zunächst über die Gründe klar werden, aus denen die Ehescheidung so häufig begehrt und nötig wird, und hierüber spricht denn auch der Artikelschreiber der „B. Z." verschiedene Vermutungen aus. „Die Berliner Scheidungsanwälte", sagt er, „sind fast alle zutiefst überzeugt, daß nicht die wirtschaftliche und soziale Not der Zeit die Ehen sprengt, sondern vielmehr eine Entwicklung der geistigen und moralischen Anschauungen der Menschen, die mit der allgemeinen „revolutionären" Revision der Staatsidee und der bürgerlichen Freiheitsbegriffe recht parallel läuft." Das ist bürgerliche Ideologie in Reinkultur. Als ob nicht eben diese „Entwicklung der geistigen und moralischen Anschauungen" aus der wirtschaftlichen und sozialen Not der Zeit heraus erwachsen wäre! Die Lehre, die man aus der zunehmenden Schadhaftigkeit der Ehe ziehen müsse, heißt es fernerhin, sei die, „daß diese (die Ehe) nicht so sehr durch irgendwelche vergänglichen und korrigierbaren Erscheinungen der Zeit verursacht ist, als vielmehr durch die Ueberalterung und Zurückgebliebenheit des bisherigen Ehesystems innerhalb der fortschreitenden sozialen Entwicklung." Auch das ist nicht richtig. Das heutige Ehesystem ist nicht hinter der Entwicklung zurückgeblieben, sondern es entspricht ganz genau dem Stande der Wirtschaftsentwicklung, dem Kapitalismus und dem Stande der bürgerlichen Gesellschaftsmoral, die auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft erwachsen ist. „Die monogamische Ehe", sagt Bebel, „ist Ausfluß der bürgerlichen Erwerbs- und Eigentumsordnung." Im Zeitalter der wirtschaftlichen Machtkämpfe, der Konkurrenz, des Warenhandels, der Profitwirtschaft ist naturgemäß die Ehe zu einer wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsfrage und die Liebe, beziehungsweise die Frau oder der Mann selbst, zur käuflichen Ware geworden, im Zeitalter der unbedingten Autorität des Staates hat man auch aus der Ehe eine staatliche Zwangseinrichtung gemacht. Als im Jahre 1900 durch Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches eine ganze Anzahl Erleichterungen der Ehescheidung, die nach dem preußischen Landrecht zulässig waren (so z. B. die Ehescheidung auf gegenseitige Einwilligung) außer Kraft gesetzt wurden, begründete man diese Maßnahmen bezeichnenderweise mit der Behauptung, daß man „nur durch möglichste Erschwerung der Ehescheidung der fortschreitenden Auflösung der Familie entgegentreten und die Familie neu festigen könne". Aber diese Zwangsmaßnahmen haben begreiflicherweise die Entwicklung, die von wirtschaftlichen und sozialen Faktoren vorwärts getrieben wurde, keinen Einhalt gebieten können. Die fortschreitende Auflösung der Familie geht durchaus parallel mit der fortschreitenden Auflösung aller Geistes- und Gemütsbande von Mensch zu Mensch überhaupt, an deren Stelle im Kapitalismus rein wirtschaftliche Beziehungen, Profitinteressen, getreten sind. Auch in gewissen bürgerlichen Kreisen verlangt man hier eine Generalrevision, die, wie es am Schlusse der Artikelserie aus der „B. Z." heißt, „nur in einer Befreiung von der staatlichen Ehesklaverei, in einer freien Eheverbindung selbstverantwortlicher und gerade dadurch verantwortlichkeitsbewußter, in ihren eigensten Angelegenheiten endlich souveräner Menschen ihr Ziel finden kann". Aber solche Menschen, und darin liegt die Aussichtslosigkeit dieses Kampfes bürgerlicher Kreise, solche Menschen gibt es nicht in einem kapitalistischen Staate und kann es niemals in ihm geben. Eine „Generalrevision" läßt sich innerhalb des kapitalistischen Systems nicht durchführen, weil die heutige Ehe ja ein Ausfluß eben dieses kapitalistischen Systems ist. Darum gilt es für uns, des Uebels Wurzel zu erkennen und zu vernichten. Auch wir erstreben eine Ehe von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rücksichten ungebundener, allein auf Grund gegenseitiger Sympathie frei wählender Menschen, die auch kein Staat zwangsweise zusammenhält, wenn beiderseitiger freier Wille sie wieder zu lösen gedenkt. Aber wir wissen, daß für eine solche Ehe erst die wirtschaftliche und gesellschaftliche Basis geschaffen werden muß, wir wissen, daß sie nicht eine Errungenschaft des Kapitalismus, sondern erst das Geschenk einer sozialistischen Gemeinschaft sein kann. Der Sozialismus, der das gesamte Proletariat befreien wird aus jeder wirtschaftlichen Hörigkeit, wird auch die Ehe aus einer kapitalistisch-bürgerlichen Zwangsinstitution zu einer freien Gemeinschaft freier Menschen machen! —

Die Bedeutung der langen Entwicklungsdauer für den Menschen. Vergleicht man die Entwicklungsdauer eines Tieres mit der des Menschen, so fällt sogleich zweierlei auf: Das Menschenkind kommt viel unfertiger auf die Welt und braucht viel längere Zeit, um ein fertiges Individuum zu werden. Das neugeborene Hühnchen kann sofort laufen, eine Fähigkeit, deren der Mensch erst nach Verlauf eines Jahres mächtig wird. Es sucht durch Ergreifen und Picken seine Nahrung selber; dem menschlichen Säugling muß sie unmittelbar an den Mund gebracht werden, sonst verhungert er. Schiebt man einen neugeborenen Hund auf einen hohen Tisch langsam gegen die Kante, so wird er vor dem Abgrund zurückschrecken und Fluchtbewegungen machen. Das gleichaltrige Menschenkind fiele unmittelbar, ohne sich dagegen irgendwie zu wehren, herunter. Zugleich ist die relative Jugenddauer aller Tiere unvergleichlich kürzer als die des Menschen, die fast ein Drittel der gesamten Lebensdauern beträgt. Der Mensch hat eben, da er so unfertig anfängt, sehr viel mehr zu lernen und braucht dazu mehr Zeit.

Dieser Nachteil des Menschen ist aber nur ein scheinbarer, denn seine relative Unfertigkeit bedeutet eine viel stärkere Entwicklungsmöglichkeit, und die lange Jugenddauer erlaubt schließlich das Erreichen einer ganz anderen Entwicklungshöhe. Die beiden Grundtendenzen, die alles Lebende beherrschen, Selbsterhaltung und Selbstentfaltung, sind beim Menschen in ganz anderer Verteilung vorhanden als beim Tiere. Das Tier ist ein konservatives Wesen, normalerweise wiederholen sich bei ihm von Generation zu Generation in ständigem Einerlei fast dieselben körperlichen und vor allem geistigen Daseinsformen. Der Hund von heute unterscheidet sich kaum von seinen Vorfahren, der vor 1000 Jahren lebte. Darum braucht das Tier, was es ererbt von seinen Vätern hat, nicht erst zu erwerben, um es zu besitzen. In der Form des Instinkts bekommt es die Funktionsweisen der Vorfahren ganz oder fast fertig mit, als einen zur Lebensunterhaltung im allgemeinen genügenden Schatz, aber zugleich als streng gebundene Marschroute. Der Mensch aber ist ein fortschreitendes Wesen. So groß auch das Erbteil sein mag, das ihm die Vorfahren in Gestalt in Instinkten, Strebungen, Interessen, Begabungen usw. überliefern, so groß ist andererseits die Tendenz über die früheren Generationen herauszukommen und auf ihren Schultern stehend, neue Daseinsmöglichkeiten zu gestalten. Diesem Fortschrittsprinzip entspricht die Unfertigkeit bei der Geburt und die Länge der Jugend. Nur weil nicht von vornherein alles als Wirklichkeit festgelegt, sondern vieles nur als Möglichkeit angelegt ist, bleibt Spielraum frei für Betätigung anderer Art als die vergangenen Geschlechter sie gekannt. Nur weil dieser Zeitraum bis zum Abschluß der Entwicklung so lang ist, kann schließlich eine Höhe der Ausbildung erreicht werden, die sich über die vorher dagewesene Entwicklungshöhe der Vorfahren erhöht. Dr. B.

Neues von Bergson. Der berühmte französische Philosoph Henri Bergson will, dem „Gaulois" zufolge, sich mehr literarischen Arbeiten zuwenden. Er bereitet einen Band Essays vor mit einer Vorrede, in der er das Wesen seiner Lehre und ihre Beziehungen mit der Theorie Einsteins behandeln wird. Dann will Bergson eine große Untersuchung über die Geschichte der moralischen Ideen in der Entwicklung der Humanität in Angriff nehmen, die er schon vor dem Kriege begonnen hat.

Die Versenkung des Hospitalschiffes Llandovrey-Castle

Utd. Tel. **London**, 4. Juli.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Prozeß gegen die deutschen U-Boot-Offiziere Boldt und Dittmar wegen der Versenkung des britischen Hospitalschiffes „Llandovrey-Castle" fanden heute vor dem Bowstreet Polizeigerichtshof Vernehmungen britischer Zeugen statt. Vernommen wurde der Zahlmeister des Schiffes. Die Anklage gegen die deutschen Offiziere ist eine sehr ernste, **da nur zwanzig von zweihundertachtundfünfzig an Bord des Schiffes befindlichen Personen gerettet worden sind.** Der Zahlmeister sagte aus, daß er nach dem Untergang des Schiffes von einem Boote des Hospitalschiffes aufgefischt worden sei. Kurz darauf kam das U-Boot in die Nähe des Rettungsbootes. Nachdem einige der britischen Offiziere an Bord des U-Bootes genommen und von den Deutschen verhört worden waren, **versuchte das Unterseeboot das Rettungsboot zu rammen,** verfehlte es aber um einige Zollängen. Dem Boot gelang es, mit zwanzig Mann zu entkommen, die später von einem britischen Kriegsschiffe aufgefischt wurden, nachdem sie dreißig Stunden auf hoher See hatten zubringen müssen. Der Zahlmeister berichtet, daß er, nachdem sein Rettungsboot entkommen war, Schüsse aus der Richtung des U-Bootes gehört hätte. Die See sei ruhig gewesen, und es hätte kein Hindernis vorgelegen, auch die Insassen einiger anderer Rettungsboote aufzufischen. Der Staatsanwalt führte aus, daß keins der anderen Boote das Land erreicht hätte. **Offensichtlich hätte das U-Boot auf die fliehenden Rettungsboote gefeuert, die getroffen wurden und untergingen.** Der Zahlmeister versicherte noch ausdrücklich, daß das Schiff nichts außer der Hospitalausrüstung an Bord gehabt hätte.

Der **belgische Minister** für auswärtige Angelegenheiten, Jaspar, hat auf Anfrage eines Abgeordneten in der Kammer nochmals erklärt, angesichts des Urteils gegen Ramdohr vor dem Reichsgericht in Leipzig werde die belgische Regierung sich mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen setzen, **um eine ausreichende Sühne zu erlangen gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles.**

Das Parlament von Angora

Vertrauensvotum für Kemal Pascha

London, 4. Juli.

Wie Reuter aus Konstantinopel meldet, erklärte Jussuf Kemal Pascha, Minister für auswärtige Angelegenheiten, im Parlament von Angora am 27. Juni u. a.: Unsere Beziehungen zu unseren Alliierten in Afghanistan sind ausgezeichnet. Unsere Beziehungen zu Rußland, die auf der Grundlage des Vertrages vom 16. März, der binnen kurzem der Versammlung vorgelegt werden wird, beruhen, sind normal. Wir erwägen die Herstellung regelmäßiger Beziehungen zu der persischen Regierung. Was die Mission Bekir Sami Beis zur Londoner Konferenz betrifft, so hat die Versammlung die Abmachungen, die er in Europa getroffen hat, abgelehnt, weil sie seinen Instruktionen und unseren Interessen widersprechen. Der französischen Regierung, die den Wunsch geäußert hat, ein Abkommen mit uns abzuschließen, und die somit ihren Wunsch, den Kriegszustand zu beendigen, zum Ausdruck gebracht hat, haben wir Vorschläge unterbreitet, die auf unseren nationalen Wünschen beruhen. Eine Antwort ist bis jetzt nicht eingegangen. In der Zwischenzeit ist aber der größte Teil der französischen Truppen, die in Zunguldak stationiert waren, zurückgezogen worden. Besprechungen mit hervorragenden französischen Persönlichkeiten haben die Möglichkeit einer Verständigung ergeben. Italien zieht ebenfalls seine Truppen von unserem Boden zurück. Wir suchen die Anerkennung unserer nationalen Rechte und eine vollständige und unabhängige Türkei innerhalb unserer Grenzen und unter Ausschluß ausländischer Einmischungen zu erlangen. Nach dieser Erklärung sprach die Nationalversammlung dem Kabinett rückhaltloses Vertrauen aus.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel hat die Regierung von Angora gestern offiziell erklärt, daß ihre Streitkräfte die interalliierte Zone respektieren werden.

Die griechische Offensive

EE. **Paris**, 5. Juli.

Die Türken konzentrieren ihre Streitkräfte in Eski-Shehir, und die Stadt bildet eine ungeheure Kaserne. Die Türken verfügen über Geschütze neuesten Modells von 15—24 Zentimeterkaliber, die an allen wichtigen strategischen Punkten aufgestellt sind. Das Oberkommando der türkischen Nationalisten hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Griechen einen Angriff auf der Seite von Ussad versuchen werden, da sie dort bereits große Truppenmengen versammelt haben. Die Türken haben jede Vorwärtsbewegung in der Richtung auf den Bosporus hin aufgegeben, da sie nunmehr am Ausgangspunkt der von den Alliierten als neutral bezeichneten Zone angelangt sind. Wie gemeldet wird, ist Bagtchedjik von den Türken besetzt worden.

Bonomis Kabinett

T.U. **Rom**, 5. Juli.

Die endgültige Ministerliste lautet: Ministerpräsident und Innenminister: Bonomi, Außenminister: Toretta, Kolonien: Girardini, Justiz: Rodino, Finanzen: Soleri, Krieg: Gasparetto, Schatzminister: Denova, Marineminister: Bergamasco, Unterricht: Corbino, Ackerbau: Mauri, Oeffentliche Arbeiten: Micheli, Industrie: Belotti, Arbeit: Beneduce, Post und Telegraph: Giuffrida, Befreite Gebiete: Raineri. Das Kabinett soll eine Konzentration der Linken darstellen, welches gegen die äußerste Rechte feindlich, die äußerste Linke neutral gesonnen sein soll.

Die Lage in Irland

London, 4. Juli.

Im Rathaus von Dublin, auf dem die amerikanische Flagge weht, wurde heute vormittag die Konferenz zwischen den Sinnfeinerführern Devalera und Griffith und den vier Unionistenführern in Irland eröffnet und nach 3½stündiger Verhandlung bis Freitag vormittag vertagt. „Star" will von maßgebender Seite in London erfahren haben, die Nachrichten aus Dublin gäben Grund zu der Hoffnung, daß nach Beendigung der Dubliner Besprechungen Devalera nach London kommen werde, und zwar noch vor dem 13. d. M. „Manchester Guardian" meldet, wenngleich Sir James Craig nicht an der Konferenz in Dublin teilnehme, sei doch dafür gesorgt, daß seine und seiner Freunde Ansichten auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht werden würden.

Wie Londoner Blätter aus Dublin melden, erklärte der Bürgermeister von Dublin nach Schluß der zwischen den Führern der Sinnfeiner und den Unionisten abgehaltenen Konferenz, die Verhandlungen hätten einen friedlichen Charakter gehabt. In den letzten drei oder vier Stunden habe eine der schwierigsten Konferenzen stattgefunden, die jemals in England abgehalten wurden. Er hege große Hoffnungen, daß aus diesen Besprechungen viel Gutes hervorgehen werde. In einem Leitartikel erklärt „Daily Chronicle", die Dubliner Konferenz bedeute einen großen Schritt vorwärts. Selbstverständlich bestände kein Abkommen, bevor Sir James Craig ihm zugestimmt habe. Der Dubliner Korrespondent des „Daily Telegraf" meldet, die Vertagung bis Freitag habe u. a. den Zweck, den Premierminister von Nordirland Gelegenheit zu geben, an der Konferenz teilzunehmen.

Die Beamtenräte

Vom Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben:

Das Gesetz über Beamtenvertretungen, das am 23. Juni vom Reichsrat verabschiedet worden ist und soeben **nebst Begründung dem Reichstag zuging,** ruft in der gesamten Beamtenschaft lebhaften Widerspruch hervor. Schon der Umstand, daß die Beamtenräte des Regierungsentwurfs in Beamten-Ausschüsse umgetauft worden sind, ist ein Ausdruck dafür, daß man der Beamtenschaft durch dieses Gesetz nicht das von ihr geforderte **Recht der Mitbestimmung** bei der Regelung ihrer persönlichen und dienstlichen Angelegenheiten geben will. Die Beamtenschaft muß jedoch **an dieser Forderung festhalten** und ist der Meinung, daß ohne ihre Verwirklichung das Gesetz für sie keine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand bringt. Nur um die gutachtliche Meinung der Beamtenschaft einzuholen, wäre der Aufbau des ganzen Systems von Orts-, Bezirks- und Hauptbeamtenräten ein überflüssiger Apparat. Das Recht der Mitbestimmung in dem von der Beamtenschaft geforderten Sinne stellt keineswegs, wie auch bei der öffentlichen Reichsratsverhandlung wieder behauptet wurde, einen Eingriff in die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit dar. Die Beamten beanspruchen für sich nur dasselbe, was der Staat den bei ihm beschäftigten Arbeitern und Angestellten längst gewährt hat, ohne daß dadurch die Verfassung verletzt worden wäre. Sie müssen deswegen daran festhalten, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Beamtenrat und Behörde durch paritätische Schlichtungsausschüsse entschieden werden und nicht, wie es der Entwurf des Reichsrats will, **einseitig durch die Behörde allein.** Die Beamtenschaft erwartet vom Reichstag, daß er die Mängel des jetzigen Entwurfs unter allen Umständen beseitigt und den Beamtenräten die Rechte gewährt, die im Interesse der Beamten und der Verwaltung für eine befriedigende und segensreiche Arbeit der Beamtenräte notwendig sind.

Wir werden auf die Gesetzesvorlage noch zurückkommen.

Der „Umfall" Klara Zetkins

Wie uns Paul Levi mitteilt, hat nach einer Notiz der Wiener „Roten Fahne" die Berliner „Rote Fahne" die Nachricht wiedergegeben, Klara Zetkin sei in Moskau „umgefallen" und habe selbst für seinen Ausschluß gestimmt. Diese Nachricht sei Schwindel und habe wenigstens von der Redaktion der Berliner „Roten Fahne" als solcher erkannt werden müssen. Nach Privatbriefen neuesten Datums, die Levi erhalten habe, denke Klara Zetki nnicht daran, ein Tüpfelchen ihrer bisherigen Auffassung zu opfern. Diese Mitteilung ergeht zugleich im Namen von Klara Zetkin und auch der Wahrheit.

Nach den Berichten über den Kongreß der Moskauer Internationale scheint es, als ob Paul Levi nicht recht behalten wird. Klara Zetkin hat sich bereits in der italienischen Frage ziemlich zweideutig ausgesprochen.

Dampferunglück auf der Wolga

TU. **Moskau**, 5. Juli.

Bei dem Brand eines russischen Dampfers auf der Wolga kamen mehrere hundert Passagiere ums Leben, darunter der Bischof von Nowgorod, mehrere Universitätsprofessoren, die zu Unterrichtszwecken nach dem Kaukasus reisten, und eine Abteilung russischer Geheimpolizei. Aus der Anwesenheit der letzteren auf dem Schiffe schließt man, daß der Brand infolge eines Anschlages, der gegen die Geheimpolizisten geplant wurde, entstanden sei.

Groß-Berlin

Gegen die zahlungsfähigen Steuerdrückeberger

Der Magistrat teilt mit:

Die Steuerverwaltungen beobachten schon lange, daß viele Steuerzahler, und zwar zahlungsfähige, insbesondere Geschäftsleute, Fälligkeitstermine, briefliche Mahnungen, Erinnerungen, Zustellungen usw. vorübergehen ließen und erst an den erscheinenden Vollziehungsbeamten die Steuer abführten, in der Meinung, daß dieser Art der Steuerzahlung bei den bisherigen minimalen Mahn-, Zustellungs- und Vollstreckungsgebühren die billigste sei, und Zeit, Geld und Mühe erspare. Die Steuerverwaltung mußte dafür um so mehr Arbeit und Schreibwerk aufwenden. Nunmehr ist aber die schon lange erstrebte zeitgemäße Erhöhung des einundzwanzig Jahre alten, aus dem Jahre 1899 stammenden Gebührentarifes Gesetz geworden. Die Höhe der neuen Mahn- und Vollstreckungsgebühren ist so bemessen, daß das oben geschilderte „passive" Steuerzahlungssystem vermutlich sich einschränken wird.

Die niedrigste Mahngebühr ist jetzt 1 Mark beim Steuersatz bis 50 Mark und beträgt schon 4 Mark für jede Anmahnung von 1000 Mark Steuern. Ist die verlangte Steuer höher als 1000 Mark — was gerade bei der Umsatzsteuer oft der Fall sein wird — so erhöht sich auch die Mahngebühr um je 3 Mark bei weiteren je 1000 Mark Steuerhöhe. Bei 50 000 Mark rückständigen Steuern beträgt also jede Mahngebühr schon 151 Mark. Zwar ist bei brieflicher oder öffentlicher Mahnung die Gebühr etwas geringer; jedoch entsteht die Gebührenpflicht schon dann, wenn der Auftrag zur Mahnung dem Vollziehungsbeamten erteilt, die Mahnung zur Post aufgegeben oder die öffentliche Mahnung erfolgt ist.

Noch höher sind die Vollstreckungsgebühren, und ähnlich ist die Erhöhung bei der Versteigerungsgebühr, zu denen die übrigen baren Auslagen der Zwangsvollstreckung, z. B. Post- und Telegramm-, Transport-, Verwaltungsinserat- und anderen Unkosten hinzutreten.

Gegen die Verschandelung der Straßen

Der Senat der Akademie der Künste hat sich in seiner letzten Sitzung mit der von den Reichsbehörden beabsichtigten Verwendung von Parkmauern in der Königgrätzer und Budapester Straße für andauernde Plakat-Reklame beschäftigt und einen Einspruch gegen diese Verunstaltung Berlins an den Reichskanzler gerichtet. Die Akademie führt in ihrem Protestschreiben aus, daß sie die Notwendigkeit der Zulassung von Straßenreklame keineswegs verkenne, auch den Wunsch, neue Geldquellen damit zu erschließen, unter den jetzigen Zeitumständen verständlich und berechtigt finde; die in der Oeffentlichkeit zuzulassende Reklame müsse aber in den Grenzen des Erträglichen bleiben und dürfe das Stadtbild keinesfalls verunstalten. Die Reklame müsse für jeden Einzelfall nach künstlerischen Gesichtspunkten projektiert und dürfe nur unter Beteiligung von Künstlern durchgeführt werden.

Das Projekt der Ausnutzung der Parkmauer des Prinz-Albrecht-Palais in der Königgrätzer und Anhalt-Straße, für das bereits ein Entwurf vorliegt, hält die Akademie in Einzelheiten für bedenklich, weil die architektonischen Linien und Gliederungen der schönen, von Schinkel entworfenen Mauer durch die vorgesehene Anbringung der Plakat-Tafeln in störender Weise überschnitten und verdeckt werden. Entschiedenen Einspruch erhebt die Akademie gegen eine gleiche Verwendung der großen Parkmauer in der Budapester Straße, von der auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts zunächst eine Strecke von 100 Meter probeweise für Verkehrsreklame freigegeben werden soll.

Die Akademie erblickt in dieser Zulassung einer umfangreichen Plakat-Reklame an so vornehmer Stelle, in einer der schönsten Straßen von Berlin, unter allen Umständen eine grobe Verunstaltung des Stadtbildes und hat an den Reichskanzler die dringende Bitte gerichtet, von der Ausführung des Kabinettsbeschlusses abzusehen. Der Senat der Akademie weist zugleich auf die unausbleiblichen Folgen hin, wenn die Reichsbehörden selbst mit so üblem Beispiel vorangehen würden. Plant doch der Magistrat Berlin schon jetzt die Zulassung einer Straßen-Reklame, die mit Tafeln, Kiosken und Reklame-Automaten an mehr als 13 000 Stellen der Stadt erstehen soll.

Das Reichskabinett zur Schließung des Lazaretts Schloß Charlottenburg. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat am gestrigen Montag den noch immer im Lazarett Schloß Charlottenburg verharrenden Kriegsbeschädigten folgendes bekanntgeben lassen: „Das Reichskabinett hat anläßlich der Beratung über die Interpellation betreffend die Auflösung des Lazaretts Schloß Charlottenburg einmütig die Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums gebilligt.

Theater

Die Volksbühne (am Bülowplatz) hat ihre Sommerspielzeit mit einer, schon ein paar Jahre alten, Komödie von Hans Brennert und Hans Ostwald, dem „Kaiserjäger" eröffnet. Der Kaiserjäger ist ein Vagabund, aber ein ganz reputierlicher Vagabund, der beinahe die dralle und wohlhabende Frau Wirtin eines Haveldorfes heiratet und ein solider, braver Landbürger wird. Nur beinahe —; im letzten Augenblick umschifft er doch noch den Ehehafen und segelt wieder auf seine geliebte Landstraße hinaus.

Brennert und Ostwald sind sozusagen Spezialisten der Landstraße. Sie kenen ihre Pennbrüder und ihre Vagabundensprache. Und so haben sie den Gegensatz zwischen bürgerlich-bäuerlicher Welt und Vagabundendasein ganz nett und mit viel Sachkenntnis in kleinen Einzelheiten geschildert. Das letzten Endes doch mehr tragische als komische Schicksal derer, die keine Freude an der Arbeit haben, an der stumpfsinnigen Profitarbeit einer kapitalistischen Welt, die aber auch nicht den Ernst und die Geduld haben, an der Aenderung dieser Welt mitzuarbeiten, sondern lieber auf eigene Faust einen Kleinkrieg gegen die Arbeit und die Gesellschaft führen und gegen die Welt, in der man arbeiten muß, das doch mehr tragische Schicksal der „Arbeitsscheuen", der Vagabunden und kleinen „Verbrecher", das kommt in dieser Komödie allerdings nicht heraus. Sie bleibt an der Oberfläche. Und das ist schade; wenn auch wohl die Autoren keinen anderen Ehrgeiz gehabt haben als den, zu unterhalten. Das ist ihnen gelungen.

Die Aufführung der Volksbühne hatte viel Beifall — und sie verdiente ihn. Nur das Tempo dürfte manchmal etwas rascher sein. Die Schauspieler waren, was das Aussehen angeht, alle recht gut, die Bauern sowohl, wie die Vagabunden, teils köstliche Typen. Leider verschwand dieser gute Eindruck bei vielen, sobald sie den Mund auftaten.

Nur Heinz Hilpert und Erhard Siedel waren restlos gut, Hans Felix und Else Bück in den Hauptrollen recht sympathisch. Und Julius Sachs als Landrat hatte sich eine köstliche Maske gemacht: halb jüdisches Schaf, halb deutscher Löwe; kurz, er sah genau aus wie Wilhelm II. in Zivil.

Im Theater in der Königgrätzer Straße gibt die Exl-Gruppe aus Tirol ein Gastspiel. Ich sah nur den zweiten Abend: „Erde" von Schönherr. Das Stück ist schlecht und falsch-sentimental und hat recht wenig von der kargen und derben Sachlichkeit des Bauernlebens. Nicht Berg-, sondern Theaterluft weht in diesen Szenen, kein Erd- und Stall-, sondern Kulissengeruch. Und auch diese Tiroler Bauernschauspieler, die herumreisen und in Großstädten ihre „Volkskunst" treuherzig an den Meistbietenden verkaufen, werden doch allmählich, und ohne es zu wollen, zu Salon- und Theater-Tirolern. Immerhin: ihre Bauerntypen sind noch ein ganz Teil echter als die sonst auf Berliner Bühnen üblichen. Ein paar Nebenfiguren sind sogar ganz vorzüglich: ein Arzt, ein älterer Knecht.

Der gebrachte Tiroler Dialekt macht manche Unechtheit des Stückes und des Spieles wieder gut. Und wenn der alte wieder gesund gewordene Bauer seinen Sarg zu Brennholz zusammenschlägt, nicht nur so tut, als ob er schlüge, sondern wirklich mit gewaltigen Hieben die schöne Kommode zusammenhaut, dann ist der Erfolg bei den ihre Briketts so sorgsam einwickelnden Berlinern gesichert. Sie fühlen einen Hauch „echt Tiroler" Berg-, Bauern- und Holzhackerluft. Holdradiöh dudldiöh! Und die „Tägliche Rundschau" ist begeistert. H. S.

Ein wichtiger Bühnenprozeß. Im Kampf des Schauspielers Abel gegen die Bühnengenossenschaft hat nun auch das Kammergericht entschieden, daß Abel nicht zur Innehaltung des Tarifvertrages gezwungen werden könne, nach dem er der Bühnengenossenschaft beireten müsse, widrigenfalls er von den Theatern Deutschlands, die dem Bühnenverein angehören, ausgeschlossen werde. Es handelt sich in diesem Prozeß um einen Kampf der Film- und Operettengrößen und verwandter Schwerverdiener gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Genossenschaft. Vorläufig ist er von den deutschen Gerichten zugunsten der Schauspielerbourgeoisie erledigt worden. Selbstverständlich. Es ist aber noch nicht aller Tage Abend.

Steinbohrende Insekten. Insekten, die in Holz und Stein Löcher bohren, waren schon früher gelegentlich an verschiedenen Küsten gefunden worden. Wie Miehe in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift" mitteilt, hat nun der amerikanische Naturforscher A. Barrows einen solchen kleinen Seinbohrer an der Küste der Bucht von San Francisco genau beobachtet. Es ist eine Assel von etwa 3 Zentimeter Länge und 0,5 Zentimeter Breite. Die Tierchen beißen mit ihren starken Kauwerkzeugen kleine Steinstückchen ab und höhlen sich auf diese Weise einen Gang in dem Gestein aus, in dem sie sich verbergen. Der weichere Tufstein bietet ihnen weniger Schwierigkeiten bei dieser Arbeit als der Sandstein. Es werden daher im Sandstein von ihnen nur die lockeren Schichten durchlöchert, während der Tuff überall von Löchern durchsetzt ist. Da durch die Tätigkeit dieser kleinen Bohrer eine umfängliche Erosion der Gestine in der Flutzone bewirkt wird, haben die Tiere einen gewissen Anteil an der Verwitterung der Gesteine.

Kunstnachrichten. Im Kaiser-Friedrich-Museum hat Prof. August L. Mayer, der Biograph von Greco, ein Jugendbild des großen spanisch-griechischen Meisters entdeckt, dessen Werke von so großem Einfluß auf die moderne Malerei waren. Es ist ein kleines Bildchen, und zwar eine Kopie, die Greco nach Tizian gemalt hat.

In Ornans, dem kleinen französischen Städtchen, das Courbets Heimat war und das der Meister mit seinem großem Begräbnisbilde berühmt gemacht hat, ist jetzt feierlich eine Gedenktafel an seinem Geburtshause angebracht worden.

Tages-Notizen

Vorlesung revolutionärer Dichtungen. Ernst Friedrich spricht Donnerstag abend 7½ Uhr revolutionäre Dichtungen in der Arbeiterkunstausstellung, Petersburger Str. 39.

Theater. In Abänderung des Spielplanes gibt man in den Kammerspielen Donnerstag „Zwei glückliche Tage", Freitag „Frühlings Erwachen", Sonnabend „Der Herr, der die Maulschellen kriegt".

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Die Kranken können daraus die weitere Bestätigung erkennen, daß jede Hoffnung auf eine Wiedereröffnung des Lazaretts vergeblich und ein weiteres Verbleiben in den bisherigen Räumen zwecklos ist."

Genossen und Genossinnen, die Mitglied des Pestalozzi-Fröbel-Hauses sind und es werden wollen, sowie die Funktionärinnen der Partei bitten wir, am Mittwoch, um 7 Uhr, an der Versammlung der Proletarischen Kinderfreunde im Köllnischen Gymnasium, Inselstr. 2—5, teilzunehmen. Ganz besonders notwendig ist es, daß diejenigen Genossen und Genossinnen, die Mitglied des Pestalozzi-Fröbel-Hauses sind, dort erscheinen.

Noch zwei Mordprozesse

Der Totschlag in einem Privatlogis in der Marienstraße am 7. Juli v. J. kam gestern vor dem Landgericht I zur Verhandlung. Wegen Tötung der Verkäuferin Agnes Seiffert war der vom Rechtsanwalt Dr. Schwindt verteidigte Photograph Emil Schubert angeklagt. Schubert war z. Zt. im Munsterlager tätig und hatte mit der als Verkäuferin angestellten Seiffert ein Liebesverhältnis angeknüpft. Sie verlockte ihn dazu, mit ihr in Saus und Braus zu leben, er geriet in Schulden, die nach und nach die Höhe von 3200 M. erreichten und ihn veranlaßten, mit ihr nach Berlin zu reisen, um seine Verhältnisse zu regeln. Er hatte noch 2500 M. zusammengeborgt, dies Geld aber hier in Berlin mit seiner Geliebten recht bald ausgegeben. Sie hatten sich hier in einem Privatlogis Marienstraße 18 einquartiert. Bei dem zunehmenden Geldmangel kam es zu Streitigkeiten zwischen den beiden.

Als beide am 6. Juli abends in ihr Logis zurückkehrten, kam es wieder zu einem Streite, der sich noch fortsetzte, als beide schon ins Bett gegangen waren. Der Angeklagte geriet wegen eines Schlages, den ihr die Seiffert versetzte, in rasende Wut, er stürzte auf sie zu, würgte sie am Halse, so daß sie röchelnd zurücksank; dann holte er im Dunkeln aus dem Nachttisch ein haarscharfes Rasiermesser und versetzte ihr einen so tiefen Schnitt in den Hals, daß der Kopf ziemlich vom Rumpfe getrennt wurde. Dann entfernte er sich.

Die Anklage war zunächst auf Mord gerichtet, der Angeklagte war dann auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwindt vom Medizinalrat Dr. Stoermer auf seinen Geisteszustand untersucht worden; nach dessen Gutachten ist Schubert nicht als ein ganz normaler Mensch anzusprechen, der die Tat aus Eifersucht im Affekt begangen habe.

Staatsanw. Dr. Wachow beantragte das Schuldig des Totschlags und mildernde Umstände. Rechtsanw. Dr. Schwindt beantragte dagegen vollständige Freisprechung, da der Angeklagte in Liebessklaverei von der Getöteten gehalten worden sei, diese ein Schädling gewesen sei und der Angeklagte, ein minderwertiger Mensch, hier ein Akt der Liebesraserei begangen habe, zu dem er durch Beleidigungen und Tätlichkeiten der Getöteten gereizt worden sei. Die Geschworenen sprachen das Schuldig wegen Totschlages aus, bewilligten dem Angeklagten aber im Sinne des Verteidigers mildernde Umstände. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft.

*

Politische Rache. Ein politischer Mord, der in gewisser Beziehung an die Tat des armenischen Studenten Teilirian erinnert, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bruns das Schwurgericht des Landgericht I. Die auf Mord lautende und vom Staatsanwalt Dr. Weland vertretene Anklage richtet sich gegen den 25jährigen aus Lodz gebürtigen Schuhmacher Heinz Josef Buchwalter, der beschuldigt wird, am 23. Februar d. Js. den polnischen Agenten Theodor Rozenblum aus politischen Gründen durch Dolchstiche getötet und diese Tötung auch mit voller Ueberlegung ausgeführt zu haben.

Auf Antrag der Rechtsanwälte Justizrat Witter, Fränkl und Dr. Broh war zu der Verhandlung noch nachträglich der Gerichtsarzt Med.-Rat Dr. Stoermer geladen, der bekunden sollte, daß die Tat, obwohl sie ganz ruhig vor sich gegangen war, trotzdem infolge starker innerlicher Erregung als eine Affekthandlung anzusehen sei. Da der Sachverständige erklärte, ein derartiges Gutachten nicht ohne eine längere Vorbereitung und Kenntnis der Psyche des Angeklagten abgeben zu können, mußte die Verhandlung vertagt werden.

Ungetreue Magistratsangestellte verhaftet. Große Veruntreuungen haben sich Angestellte des Magistrats zuschulden kommen lassen, die beide jetzt von der Kriminalpolizei verhaftet wurden. Der Buchhalter Mudrich, der in der Nollendorfstraße zu Schöneberg wohnte und bei einer Sparkasse beschäftigt war, hatte von den Sparern deren Sparkassenbücher zurückgehalten unter dem Vorwande, daß diese nachgeprüft werden müßten. In Wirklichkeit dienten ihm diese aber dazu, größere Beträge abzuheben, um damit seiner Wettleidenschaft zu frönen. Mudrich wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. — Selbst gestellt hat sich der Polizei der städtische Bureauhilfsarbeiter Benno Heyden aus der Kaiserallee 125, der bei der Lebensmittelstelle in Friedenau angestellt war. Heyden hat für seine eigene Rechnung nicht weniger als 150 000 Mark Magistratsgelder einkassiert.

Auf der Straße niedergeschossen. Von unbekannten Tätern wurde in Rudow der 25 Jahre alte Dreher Karl Retsch aus der Edisonstraße 55 zu Oberschöneweide niedergeschossen. Ein in der Bismarckstraße zu Rudow wohnender Besitzer fand den Mann mit einer schweren Schußwunde im Unterleib besinnungslos auf dem Amtswege liegen. Kurz vorher hatte er mehrere Schüsse fallen hören und auch gesehen, wie drei Leute davonliefen. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause gebracht und sofort einer Operation unterzogen. Bisher hat er aber das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Man nimmt an, daß der Mann mit Kartoffeldieben zusammengestoßen ist und von diesen niedergeschossen wurde. Wer über den Vorgang irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei in Britz oder Neukölln zu melden.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit etwas Regen und mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden. Außer um Mittag etwas kühl.

Gewerkschaftliches

Reaktion bei der jüdischen Gemeinde

Uns wird geschrieben:

Am 29. August 1920 ist zwischen der Repräsentanten-Versammlung, dem Vorstande und der Angestelltenschaft der jüdischen Gemeinde zu Berlin das Abkommen getroffen worden, eine neue Besoldungsordnung auf der Grundlage derjenigen der Stadt Berlin für die Angestelltenschaft der jüdischen Gemeinde einzuführen. In der damaligen Beratung sowohl als auch in den späteren Verhandlungen ist stets von den Vertretern der Angestelltenschaft zum Ausdruck gebracht worden, daß die Besoldungsvorlage entsprechend derjenigen der Stadt Berlin gestaltet werden müsse, und daß dieser Anspruch der Angestelltenschaft auch für die in Zukunft von der Stadt Berlin zu regelnden Gehaltsverhältnisse gelte.

Wie bekannt, haben das Reich, der Staat und auch die Stadt Berlin ihren Beamten eine Erhöhung der Teuerungszulage um 20 Prozent vom 1. Januar 1921 ab zugebilligt. Die Angestelltenschaft der jüdischen Gemeinde ist daraufhin mit der gleichen Forderung an die Gemeindebehörden herangetreten; der Gemeindevorstand hat jedoch entgegen dem oben angeführten Abkommen die Erhöhung der Teuerungszulage nur den verheirateten Beamten zugesprochen, während die ledigen leer ausgegangen sind. Trotz verschiedener Eingaben ist der Gemeindevorstand auf seinem ablehnenden Standpunkte geblieben. Die Repräsentanten-Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 6. Juni einen Beschluß angenommen, mit welchem auch die Ledigen in den Genuß der 20prozentigen Teuerungszulage kommen sollten. **Der Gemeindevorstand hat aber diesem Beschlusse die Zustimmung versagt.** Der von Mitgliedern der Repräsentanten-Versammlung wieder aufgenommene Antrag, der in der Sitzung der Repräsentanten-Versammlung vom 19. Juni erneut zur Verhandlung kam, ist merkwürdigerweise mit 9 gegen 7 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, abgelehnt worden. Hiermit hat die Repräsentanten-Versammlung kundgetan, daß sie nicht willens ist, ihr am 29. August 1920 gegebenes Versprechen zu halten.

Die Beamtenschaft der jüdischen Gemeinde hat daraufhin in einer überaus stark besuchten, vom Beamten-Ausschuß einberufenen Versammlung am Mittwoch, den 29. Juni, zu diesem Wortbruch der Gemeindebehörden Stellung genommen und nach scharfer Geißelung des Verhaltens nachstehende Entschließung einstimmig gefaßt:

„Die am 29. Juni in der Aula der Mädchenschule zahlreich erschienene Beamtenschaft der jüdischen Gemeinde legt Verwahrung ein gegen die Besoldungspolitik der Gemeindebehörden im allgemeinen, sowie im besonderen gegen die Zurücksetzung der Unverheirateten. Die Beamtenschaft erblickt hierin einen Bruch der seitens der Gemeindevertretung gegebenen Zusicherung, nach der die Besoldung der Beamten der jüdischen Gemeinde auf der Grundlage der Magistratsbesoldung erfolgen soll. Die Beamtenschaft wird mit allen Kräften jeder Verschlechterung ihrer Lebenslage begegnen."

Die Beamtenschaft hofft nunmehr, daß die Gemeindebehörden ihrem einmütigen Willen Rechnung tragen und dem Gebot der Zeit folgend und eingedenk des gegebenen Versprechens ihre Forderung erfüllen werden.

Vielleicht bequemt sich nun die jüdische Gemeinde dazu, weniger gemachte Zusagen zurückzuziehen und mehr zu ihren gefaßten Beschlüssen zu stehen. Das wäre entschieden mehr.

Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken

Der Gesamtbetriebsrat des Magistrats Berlin teilt uns mit:

In der Sitzung der Tarifdeputation des Magistrats am 4. Juli 1921 wurden u. a. die Betriebe festgestellt, welche gemäß § 66 des Betriebsrätegesetzes wirtschaftlichen Zwecken dienen. Beschlossen wurde, daß die Fettstelle, Zuckerversorgung, Petroleum- und Spiritusversorgung, Fischversorgung, Nährmittel, Kohlenamt, Brennstoffversorgung keine derartigen Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken sind. Alle Einwände der U.S.P.D.-Vertreter, die dahingingen, daß die Betriebe ohne weiteres wirtschaftlichen Zwecken dienen, wurden nicht beachtet. Die **S.P.D.-Vertreter** stimmten dafür, daß diese Betriebe keine Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken sind. — Außerdem wurde die Neuregelung der Ruhelohnsätze der städtischen Arbeiter und nicht ständig Angestellten nach der Magistratsvorlage angenommen. Den Ruhelohnempfängern soll, da der Magistrat bereits seine Zustimmung zu der Vorlage gegeben hat, ein Vorschuß von 500 M. sofort gezahlt werden. — Die Kündigung des Tarifvertrages der Stadtgemeinde Berlin einerseits und dem Bunde der technischen Angestellten und Beamten andererseits wurde abgelehnt.

Gewerkschaftskommission Schöneberg. In der letzthin stattgefundenen Sitzung gab Gen. Henkel den Bericht über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen betr. der Zentralisation der Krankenkassen und stellte am Schluß seiner Ausführungen fest, daß die ganze Mühe und Tätigkeit in dieser Frage von großem Erfolg gekrönt sei, und hofft, daß im Oktober bereits die Neuwahlen im Zentralen vorgenommen werden können. Betreffs der Gewerbegerichtswahlen habe der Ausschuß in einer Sitzung am 30. 5. 21 dem Wunsche der Zentrale Rechnung getragen und letzterer einen Beisitzer in Vorschlag gebracht. Die Aufstellung von Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen zum Mieteinigungsamt waren Gegenstand längerer Diskussion. Sämtliche Delegierte waren der Ansicht, daß nur die tüchtigsten Vertreter dorthin zu entsenden sind, denn bis jetzt herrsche Klassenjustiz in dieser Institution. Gen. Henkel und Rennau machen den Vorschlag, um diese Angelegenheit zu beschleunigen, die Delegierten, welche bis jetzt ihrer Pflicht genügt haben, wieder in Vorschlag zu bringen; gleichfalls wurden die Genossen ersucht, welche glauben, diesem Posten vorstehen zu können, sich freiwillig zu melden. Gemeldet haben sich ca. 20 Genossen, so daß noch ca. 25 Delegierte gewählt werden müssen. Anschließend hieran schildert Gen. Heppericʞ den Waffenfund im Schöneberger Rathaus. Redner, welcher Betriebsrat der Staats- und Kommunearbeiter Schönebergs ist, glaubt feststellen zu können, daß **maßgebende Stellen der Kommune Schöneberg unbedingt von dem Waffenlager gewußt haben müssen,** doch habe man alles Interesse daran, diese Angelegenheit als ziemlich harmlos hinzustellen.

Zentralbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen der Stadtgemeinde Berlin C. 2, Breite Str. 11, II., Freitag, den 8. Juli 1921, vormittags 10 Uhr, Plenarsitzung.

Parteiveranstaltungen

Die „Vereinigung proletarischer Kinderfreunde", die es sich zur Aufgabe gestellt hat, das Proletariat zur Selbsthilfe in der Frage der Erziehung der Kinder heranzubilden, ladet zum Mittwoch zu einer öffentlichen Versammlung ein, in der zwei bewährte Erzieherinnen über „Pestalozzi, Fröbel und der Sozialismus" sprechen werden. Die Referentinnen sind Meta Kraus-Fessel und unsere Genossin Schuhmacher. Wir machen die Arbeiterschaft auf die Veranstaltung besonders aufmerksam.

Dienstag, 5. Juli

8. Distrikt. Agitationskommission. Die Sitzung bei Klinge findet umständehalber heute nicht statt. Linke.

Mittwoch, 6. Juli

2. Verwaltungsbezirk, 7. Distrikt. 2. Abteilung. Abends 7½ Uhr Abteilungskonferenz einschließlich der Kommissionsmitglieder bei Repp, Swinemünder Str. 39.

14. Verwaltungsbezirk, Neukölln, Britz, Buckow, Rudow. Abends 7½ Uhr Vollsitzung der gesamten Agitationskommission bei Czekt, Hermannstr. 213. 1. Bericht von der Obleutekonferenz. 2. Unsere nächsten Aufgaben. 3. Unsere Vorträge. 4. Diskussion und Verschiedenes. Bitte pünktlich erscheinen. Der Obmann.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Niederschöneweide. Abends 8 Uhr in Niederschöneweide, Brikettstr. 17, allgemeine Funktionärsitzung.

2. Distrikt (Berlin-Mitte), 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Deblitz, Schwedter Straße. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

5. und 6. Distrikt und Charlottenburg. Abends 7½ Uhr Vergnügungskomiteesitzung bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34.

9. Distrikt (Wedding), 1. Abteilung. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Kroll, Utrechter Str. 21. Die Bezirksführer müssen erscheinen.

9. Distrikt (Wedding), **1. Abteilung.** Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Kroll, Utrechter Str. 21. Die Bezirksführer werden gebeten, zu erscheinen.

10. Distrikt. Lern- und Lesegemeinschaft und Bildungskommission. Abends 7 Uhr Sitzung im Schiller-Lyzeum, Pankstraße, Zimmer 22. Vortrag.

11. Distrikt. Abends 7½ Uhr bei Scheibe, Pasteurstraße, Sitzung sämtlicher Mitglieder der Zeitungskommission.

12. Distrikt. Lese- und Lerngemeinschaft. Abends 8 Uhr bei Schmidt, Pappelallee 64. Die Bildungskommission.

13. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Höhne, Stolpische Str. 36.

15. Distrikt, 4. Abteilung. Der Treffpunkt der Genossen zur Einäscherung des Gen. Schralle befindet sich auf dem Andreasplatz, 12 Uhr mittags.

16. Distrikt (früher 7.) **8. Abteilung.** Abends 7 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend in der Schulaula Tilsiter Str. 4. Vortrag: „Die Regierung Wirth und die U. S. P.

Donnerstag, 7. Juli

19. Verwaltungsbezirk, Abteilung Blankenfelde. Abends 7½ Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Stabo.

Verwaltungsbezirk Neukölln. 7 Uhr Funktionärversammlung bei Kasjuhn, Erkstraße 8.

8. Distrikt. Bildungskommission. 7 Uhr Schule, Tegeler Straße (Physikzimmer).

Neukölln. Abends 7 Uhr Vollversammlung aller Elternbeiräte der weltlichen Schulen Neuköllns zwecks gemeinsamer Arbeit im Gesangsaal der Realschule Boddinstraße.

Vereinskalender

Mittwoch, 6. Juli

Zentralverband der Angestellten. Bau. Abends 7 Uhr Fachgruppenversammlung, Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstr. 10. — **Patentanwaltbureaus.** Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Abends 7½ Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung Nordost und Norden 2, Greifswalder Hof, Greifswalder Straße 43. — Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Cöpenick (Bayernhof), Cöllnischer Platz. — Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Oranienburg (Reichshof), Bernauer Str. 38. — Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Spandau, Rest. zum Stern, Potsdamer Str. 35. — Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Westen (Nationalhof), Bülowstr. 37.

Donnerstag, 7. Juli

Transportarbeiter-Verband. Gleich nach Feierabend bei Lier, Naunynstr. 8, Gruppenversammlung der Fräsekutscher.

Arbeitersport

Ortskartell Reinickendorf. Sitzung findet nicht am 6., sondern am Freitag, den 8. Juli, abends ½8 Uhr, Reinickendorf-West, Berliner Str. 111, bei Weding, statt.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: i. V. Gustav Katusch, Berlin NW. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Handbuch für Betriebsräte
Dritte Auflage
erscheint Dienstag, 5. Juli
Preis 15.— Mark // Gebunden 20.— Mark
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT"
BERLIN C2 ////// BREITE STRASSE 8–9

Betten
1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kissen — Mark 725.—
1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kissen — Mark 1010.—
Rob. Seelisch
Rigaer Strasse 71.

Kolonie Zeesen,
wenige Minuten vom See, landschaftlich schön und bequem erreichbar gelegen, verkaufe **Landparzellen** von 1800 M. an bei kleiner Anzahlung und günstigsten Zahlungsbedingung. Vertreterbesuch kostenlos.
W. Koschatzky,
Berlin C 54, Rosenthaler Str. 30
9—4. Teleph.: Norden 5002.
Sonntags Treffpunkt jederzeit im Restaurant **Scholz,** direkt am Bahnhof Königs-Wusterhausen.

Der Mieterschutz
Preis 4 Mark
Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung / Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / Mit Nachtrag:
Die Aenderungen des Mieterschutzes
Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C2

Genossen und Genossinnen kauft nur bei unseren Inserenten!

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Kleine Anzeigen
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Kinderwagen verkauft billig Lopatta, Hasssitenstr. 43, v. 1.

Pelzwaren - Sommerpreise Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 65.— an, Silberfüchse, Alaskafüchse, außergewöhnlich billiger Gelegenheitskauf. Riesenauswahl in allen Pelzarten, keine Lombardwaren. Leihhaus Köpenicker Straße 124.

Klavier, nußbaum, gut erhalten, verkauft Langer, Rathenower Str. 68. Händler verbeten.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Reisemäntel 85.—, Herrenanzüge 120.—, Herrenhosen 35.—, Gummimäntel 200.—, Kostümröcke 25.—, echte Fuchskragen 275.—, Leibwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Goldwaren usw. spottbillig, Qualitätsware, keine Lombardware. Leihhaus Borhagener Str. 47.

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit".

Bettwäsche. Ausnahmewoche, besonders billig. Deckbettbezüge 37.—, Kissenbezüge 11.—, Bettlaken 20.—, Inletts 88.—, Wäschestoffe, Handtücher, Engrospreise. Reelle fachmännische Bedienung. Fahrtvergütung. Altbekanntes Spezialgeschäft. Wäschefabrik Gräfestraße 39 (Hasenheide).

Möbel

Chaiselongues 200.—, bis 575.-, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Sonderangebote. Schlafzimmer 2700, eichene Speisezimmer 2900, Herrenzimmer 2600, Nußbaumwohnzimmer 2800, einzelne Bettstellen mit Stahlmatratzen, dreiteiligen Auflagen 380, Kücheneinrichtungen 450, Ausziehtische 150, Rohrstühle 45, Ruhebetten 260, Sofas 575, Mahagoni Spiegelspind 250, Kommoden 300. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Chaiselongues 160.— Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weicke, Augustst. 32a, Lngb.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Musikinstrumente, auch zerbrochene kauft Guifreund, Stralauer Str. 12, Hof parterre.

Silberschmelze Christionat Köpenicker Str. 20a (gegenüber Manteuffelstr.), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Mauserpistolen 7,63 kauft Franke, Brunnenstr. 83.

Firnis, Bleiweiß, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Fahrräder

Neckarsulmräder, Adlerfahrräder, Wandererräder, Schwergreifrad, Opelfahrräder, Welträder, Simsonräder 790.—, gefahrene spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Radreparaturen, Zweiräder, Dreiräder allerbilligst. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 238.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer usw. kauft laufend. Strausberger Str. 44.

Spiralbohrer und sämtliche Werkzeuge, Schraubstöcke usw. billigst. Richard Berlin G. m. b. H. Lübecker Str. 16, Hansa 227.

Kugellager kauft zu höchsten Preisen Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. (Humboldt 461)

Geld-Verkehr

Pfandscheine: Wertgegenstände kauft (Rückkaufsrecht) höchstzahlend Lippmann, Naunynstraße 16.

Reell. Abzahldarlehne schnellstens durch Langer, Rathenower Straße 68.

Arbeitsmarkt

Mamsells auf beste Kostüme, Jacketts, Stückl ohn, Tarif L, finden in unseren Ateliers dauernde Beschäftigung. Oppenheim & Stern, Kronstraße 31-32.